

Wien verspekuliert sich: **Causa Wien Energie größter Finanzskandal des Landes**

Das Debakel rund um die Wien Energie, deren – offenbar in letzter Sekunde verhinderte – Insolvenz sowie die Unklarheit um eine mögliche Versorgungskrise für rund zwei Millionen Kunden wirft fast täglich neue Fragen auf.

Allen voran sind der rote Bürgermeister Michael Ludwig und sein Finanzstadtrat Peter Hanke in die Pflicht zu nehmen. Es ist mehr als dreist, wie Öffentlichkeit und Opposition belogen wurden. Wie es sich aktuell darstellt, haben die Verantwortlichen schon lange über den Zustand und die finanziellen Nöte der Wien Energie Bescheid gewusst und dem stadt eigenen Energieversorger – an den zuständigen Gremien vorbei – bereits hunderte Millionen an Finanzspritzen zugeschossen. Besonders zu kritisieren ist, wie Michael Ludwig mit der Causa umgeht. Zuerst war das große Schweigen angesagt, dann folgten scheinheilige Beschwichtigungen und der Versuch, das wahre Ausmaß unter den Teppich zu kehren – von Transparenz keine Spur. Transparenz, die auch die NEOS vermissen lassen, die sich dieses Schlagwort ja auf ihre Fahnen heften. Deren Rolle bzw. Kenntnisstand zum Thema Wien Energie ist auch mehr als diffus. Zu Beginn wollte der pinke Vizebürgermeister nichts von den 1,4 Milliarden Euro, die der Bürgermeister per Not-

verordnung zugeschossen hat, wissen. Ganz plötzlich wurde behauptet, man hätte mittels Telefonat informiert.

Fakt ist: Die Oppositionsparteien sind weder im Stadtsenat noch über gemeinderätliche Gremien informiert worden. Dabei legt die Stadtverfassung fest, dass unverzüglich informiert werden muss. Doch Bürgermeister Ludwig behauptet gebetsmühlenartig, dass sein Handeln von der Notkompetenz des Bürgermeisters gedeckt war, doch diese Behauptung ist schlicht falsch, weshalb wir Freiheitliche eine Anzeige wegen Amtsmissbrauch gegen den Bürgermeister eingebracht haben. Ich gehe davon aus, dass sich die Staatsanwaltschaft mit der notwendigen Sorgfalt um volle, wenn nötig auch strafrechtliche Aufklärung kümmert. Denn die Wiener Stadtverfassung sieht eindeutig vor, dass die Notkompetenz dem Stadtsenat zukommt. Nur wenn dieser nicht rechtzeitig beschließen kann, kommt die Notkompetenz dem Bürgermeister zu. Der Bürgermeister hat also ohne Not eigenmächtig ge-

handelt, was den Verdacht nahelegt, dass hier noch einiges mehr, als bisher bekannt, im Argen liegt. Wir werden das in der mit der ÖVP gemeinsam verlangten Untersuchungskommission bis ins kleinste Detail aufklären. Wenn die NEOS nicht jede Form von Anstand bei der Angelobung abgelegt haben, dann werden sie uns bei diesem Vorhaben vollinhaltlich unterstützen.

Euer

Dominik Nepp
Landesparteiobmann



Wussten Sie, dass ...

... Wiener Kunden der Wien-Energie um sechs Prozent mehr zahlen müssen, als Strombezieher aus dem Burgenland oder Niederösterreich. Schuld daran ist die Wiener Gebrauchsabgabe von SPÖ-Bürgermeister Ludwig.

Bleib auch Digital stets informiert

 [instagram.com/fpoe_wien](https://www.instagram.com/fpoe_wien)

 [facebook.com/fpoewien](https://www.facebook.com/fpoewien)

 www.fpoe-wien.at



Impressum:
Freiheitliche Partei
Österreichs (FPÖ),
Landesgruppe Wien,
Rathausplatz 8, 1010 Wien,
Erscheinungsort: Wien,
Verlagspostamt: 1010 Wien,
Verlags- und
Herstellungsort: Wien
Österreichische Post AG/SP
05Z036406 S

Schluss mit der undifferenzierten Willkommenspolitik in Wien

Beitrag von **MAXIMILIAN KRAUSS**, Klubobmann FPÖ-Wien



Die Asylzahlen in Österreich explodieren, täglich kommen hunderte junge Männer über die Grenzen nach Österreich. Bevorzugtes Ziel ist die Bundeshauptstadt, in der Asylwerber immer noch mit offenen Armen empfangen werden.

Zahlreiche Berichte über Gewalttaten und sexuelle Übergriffe durch Asylwerber oder Asylberechtigte zeichnen jedoch ein unschönes Bild fern jeder Integrationsbemühung und werden zudem von der Stadtregierung gekonnt ignoriert. Die Verantwortlichen in der Stadt – allen voran Bürgermeister Ludwig – schweigen zu diesen Taten, fordern von den Wienern sogar noch Verständnis für die Neuankömmlinge ein. Es muss endlich Schluss damit sein, dass sich vor allem die Wiener Stadtregierung mehr um das Wohl von Asyl-

werbern und Asylberechtigten sorgt als um die eigene Bevölkerung.

Großzügig wird jenen, die einen Asyltitel haben, jede Form der Unterstützung ausbezahlt. Das beginnt bei der Vermittlung günstiger Sozialwohnungen bis zur unkontrollierten Auszahlung sämtlicher erdenklicher Zuschüsse sowie der Mindestsicherung. Was unter SPÖ und Grüne seinen Anfang genommen hat, wird nun von SPÖ und NEOS fortgeführt: Wien zum Eldorado für Wirtschaftsflüchtlinge aus aller Herren Länder zu machen. „Kommen Sie, dann bekommen Sie“ lautet das Credo der Stadtregierung. Ein Credo, dem man nun offenbar auch im Bund folgt. Denn der Klimabonus, der – so die Bundesregierung „unbürokratisch und unkompliziert“ – an jeden seit

sechs Monaten in Österreich lebenden Menschen ausbezahlt wird, soll auch Asylanten zu Gute kommen.

Menschen, die in unser Land kommen, hier ohnehin jede erdenkliche finanzielle Hilfe erhalten, deren Leben staatlich gesichert ist und die sich keine Sorgen darüber machen müssen, wie sie ihre Wohnungen heizen, kommen nun auch in den Genuss von 500 Euro.

Ein Umstand, der für uns Freiheitliche untragbar ist und umgehend korrigiert gehört! Leider hat die Wiener Stadtregierung unseren diesbezüglichen Antrag abgeschmettert und betreibt so weiter konsequent ihre undifferenzierte Willkommenspolitik. Dem werden wir nicht tatenlos zusehen und weiterhin alle parlamentarischen Mittel ausschöpfen.





Die Teuerungslawine rollt – SPÖ und NEOS schauen tatenlos zu

Die steigenden Lebenshaltungskosten bereiten der Wiener Bevölkerung große Sorgen. Ein zentraler Preistreiber für diese alarmierende Entwicklung ist ein massiver Anstieg der Preise bei Strom und Gas.

Diese Preissteigerungen gehen nun unvermindert weiter und es wird breiten Bevölkerungsschichten nicht mehr möglich sein, diese Kosten zu decken, ohne ihre Existenz zu gefährden. Ein von der EU angestrebtes Öl- und Gasembargo gegen Russland wird die Situation weiter verschärfen.

Infolge dieser Entwicklung kommen auf einen Wiener Einfamilienhaushalt Mehrausgaben von vielen hundert Euro zu, Tendenz weiter steigend. Um hier entgegenzuwirken, braucht es eine Wiedereinführung und Anpassung des Heizkostenzuschusses, den wir im Zuge der letzten Gemeinderatssitzung forderten, der allerdings von SPÖ und NEOS

abgelehnt wurde. Stattdessen belastet die Stadtregierung die Bevölkerung weiter. Bereits seit mehr als einem Jahrzehnt erwirtschaftet die Gemeinde Wien aus den kommunalen Gebühren Millionen an Überschüssen, die zum Stopfen von Budgetlöchern oder für die Mindestsicherung herangezogen werden.

Ein Umstand, den auch der Rechnungshof bereits kritisiert hat. Nun sollen diese illegalen Steuern, wie man sie titulieren darf, mittels Erhöhung der Gebühren weiter ansteigen. Infolge der explodierenden Kosten kommen tausende Wienerinnen und Wiener finanziell unter die Räder, daher ist es nunmehr auch ökonomisch vertretbar, die bisher überprivilegierten Bürger finanziell zu entlasten, indem die Gemeinde Wien eine Gebührensenkung bei Kanal, Wasser und Müll um 20 Prozent vornimmt. Doch auch diesen freiheitlichen Vorstoß haben SPÖ und

NEOS abgelehnt – zum Nachteil der Wiener! Auch in Sachen leistbarer Wohnraum geht die SPÖ-Wien einen eigenen Weg und erhöht die Mieten in den Wiener Gemeindebauten um fast sechs Prozent. Anstatt diese Mieterhöhung auszusetzen, bezeichnet sie ihr perfides Vorgehen doppelzünftig als „vom Bund verordnete Zwangsmaßnahme“. Dass es auch anders geht, zeigt der Bürgermeister der Stadt Traiskirchen (NÖ), Andreas Babler - ebenfalls SPÖ.

Mittels Dringlichkeitsantrags wurde vom Gemeinderat auch angesichts der allgemeinen Preissteigerungen, die per Gesetz vorgeschriebene Indexierung und Wertanpassung der Mieten in Gemeindewohnungen vorerst für ein Jahr ausgesetzt. In Wien stimmten SPÖ und NEOS gegen dieses von uns initiierte Vorhaben.

Das alles macht deutlich, dass nur die FPÖ für eine echte Entlastung der Wiener steht!

Wiener Gesundheitssystem wurde über die Jahre krank gespart



Lange Wartezeiten in Ambulanzen, zu wenige OP-Termine und die Schließung von Stationen sind traurige Realität in Wiens Spitälern. Grund dafür findet sich in einem komplett Missmanagement des Wiener Gesundheitsverbundes (WiGeV). In erschreckender Regelmäßigkeit häufen sich zudem mediale Berichterstattungen über akuten Personalmangel und überlange Wartezeiten in den Kliniken Wiens. Schon lange bekannt, aber immer wieder von den Verantwortlichen ignoriert, sind die Personalprobleme in der Kinder- und Jugendpsychiatrie, die nun durch Personalmangel in der Urologie, der Dermatologie und im HNO-Bereich ergänzt werden.

Der als temporäres Problem bezeichnete Personalmangel zieht sich auf diverse Planstellen bezogen bereits über Jahre (Klinik Floridsdorf vormals KHN) ohne Aussicht auf zeitnahe Lösung des massiven Problems. SPÖ-Gesundheitsstadtrat Hacker redet sich nach wie vor auf die Corona-Pandemie aus, dass diese Missstände jedoch schon vor Jahren von Experten aus; dem Gesundheitsbereich vorhergesagt wurden, lässt er unkommentiert. Die Wiener Stadtregierung sowie die WiGeV-Manager spielen durch ihre Untätigkeit mit der

Gesundheit der Bevölkerung. Anreize zu schaffen und Arbeitsplätze so zu gestalten, dass diese wieder attraktiv werden, ist für die zuständigen Abteilungen im WiGeV, wie es scheint, ein Ding der Unmöglichkeit. So darf es also nicht weiter verwundern, dass Ärzte und Pflegepersonal regelmäßig aufgeben, die Wiener Krankenhäuser verlassen und ihre Stellen nicht nachbesetzt werden können.

Regelmäßige Gefährdungsanzeigen aus diversen Kliniken des WiGeV, die darauf hinweisen, dass bei Beibehaltung des prekären Istzustandes die Versorgung von Patienten nicht mehr gewährleistet werden kann, werden schubladiert und nicht ernstgenommen. Tatsache ist, dass dem Personal ein Maulkorb verpasst wurde. Wer sich trotzdem an die Öffentlichkeit wendet, dem wird mit Sanktionen gedroht.

Wir Freiheitliche nehmen die Sorgen des medizinischen Personals jedoch sehr ernst und fordern, dass alle Maßnahmen ergriffen werden, die Personalnot in den Kliniken des WiGeV ehebaldigst zu beenden und jede Arzt- und Pflege-



planstelle zu besetzen. Zudem muss bis zur Anstellung weiteren Personals klar festgelegt werden, welche Aufgaben – von Akutversorgung bis Ausbildung – mit welcher Priorität belegt wird, um den Gefährdungsanzeigen effektiv entgegenzuwirken. SPÖ und NEOS haben unserem Antrag nicht zugestimmt – sie nehmen eine immer schlechter werdende medizinische Versorgung der Bevölkerung in Kauf. Ein untragbarer Zustand, den wir weiter auf allen Ebenen thematisieren werden!

